

Podiumsdiskussion: Was kann die Soziologie der Gesellschaft bieten?

Bolte, Karl Martin

Veröffentlichungsversion / Published Version

Diskussionsprotokoll / discussion protocol

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Bolte, K. M. (1978). Podiumsdiskussion: Was kann die Soziologie der Gesellschaft bieten? In K. M. Bolte (Hrsg.), *Materialien aus der soziologischen Forschung: Verhandlungen des 18. Deutschen Soziologentages vom 28. September bis 1. Oktober 1976 in Bielefeld* (S. 1168-1207). Darmstadt: Luchterhand. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-407119>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Podiumsdiskussion

Was kann die Soziologie der Gesellschaft bieten?

Teilnehmer: Christian v. Ferber, Hans Haferkamp,
Klaus Hurrelmann, Burkart Lutz, Joachim
Matthes, Theo Pirker

Leitung: Karl Martin Bolte

Karl Martin Bolte

Als diese Podiumsdiskussion vor mehr als einem Jahr geplant wurde, geschah das mit der Absicht, hier im Hinblick auf die Themenbereichsveranstaltungen eine Art Bilanz zu ziehen.

Der 18. Soziologentag hatte sich ja u.a. zum Ziel gesetzt, die Wechselwirkung herauszuarbeiten, die zwischen dem Bewußtwerden und der praktisch-politischen Behandlung gesellschaftlicher Probleme einerseits und der wissenschaftlichen Beschäftigung damit andererseits bestehen. Es wäre hier u.a. etwas zu der Frage zu sagen, inwieweit das gelungen ist.

Zum Gespräch haben sich einige Kollegen versammelt, die aktiv an der Konzipierung und Vorbereitung der Themenbereichsveranstaltungen mitgewirkt haben und die vielleicht zunächst am besten übersehen können, ob und was die Vorträge und Diskussionen in den einzelnen Bereichen zur oben genannten Problematik erbracht haben.

Herr von Ferber spricht für den Themenbereich	Soziologie und Sozialpolitik
Herr Haferkamp	" Soziale Probleme und soziale Kontrolle

Herr Hurrelmann spricht für den Themenbereich Bildung
Herr Lutz " Arbeit
Herr Pirker " Partizipation und
Herr Matthes für die Diskussionen zum Theorienvergleich.

Außerdem gehört Herr Korte dieser Runde an; er ist der Beauftragte der Sektion "Stadt- und Regionalsoziologie", in deren Diskussionen die hier zu behandelnde Problematik besonders im Mittelpunkt stand.

Über das Verhältnis von Wissenschaft und Verwertung wissenschaftlicher Erkenntnis bzw. über den Zusammenhang von Gesellschaftsproblemen und Problemen wissenschaftlicher Forschung gibt es eine umfangreiche Literatur.

Es gibt Analysen über die Abhängigkeit der Forscher und des Forschers vom Gesellschaftsprozess;

es gibt Aussagen über mögliche und wünschenswerte Verhältnisse zwischen Wissenschaft und Politik;

es gibt Analysen und pointierte Stellungnahmen zu der Frage, woher Wissenschaft ihre Problemstellungen bekommt bzw. bekommen sollte;

es gibt Diskussionen um die Frage, ob und warum Wissenschaft und Praxis im Bereich der Sozialwissenschaft weitgehend aneinander vorbeidenken und handeln oder zumindest schwieriger zueinanderfinden als im Bereich der Naturwissenschaft;

und es gibt - neben anderen Aspekten - viele Abhandlungen über die sogenannte Umsetzungsproblematik, d.h. über die Notwendigkeit und Schwierigkeit wissenschaftliche Erkenntnisse für und in die Praxis umzusetzen oder umgekehrt Praxisprobleme so zu formulieren, daß sie wissenschaftlich bearbeitbar sind.

Ich möchte die Teilnehmer an dieser Gesprächsrunde zunächst einmal bitten, für ihren Bereich eine Bilanz darüber zu ziehen, was über das Verhältnis zwischen gesellschaftlichen Problemen und ihrer wissenschaftlichen Behandlung bzw. über das Verhältnis zwischen Problemen der Praxis und denen der Soziologie aus den Referaten und Diskussionen erkennbar geworden ist.

Christian von Ferber

Der Themenbereich "Soziologie und Sozialpolitik" hat sich hier erstmals auf einem Soziologentag präsentiert. Obwohl bei früherer Gelegenheit immer wieder der Wunsch geäußert wurde, daß die Soziologie sich stärker auch den Problemen der Sozialpolitik zuwenden sollte, ist das bisher nicht geschehen. Überraschend - auch für diejenigen, die an der Vorbereitung beteiligt waren - war die Vielzahl von höchst interessanten und wichtigen Forschungsprojekten, die präsentiert wurden. Auch hat sich die empirische Forschung, die nur paradigmatisch vorgestellt werden konnte, mit einer intensiven und breit gefächerten Theoriediskussion verbunden. Die "Soziologie in der Sozialpolitik" hat sich nicht im Sinne eigentlich einer Bindestrich-Soziologie dargestellt, sondern als ein Forschungszweig, der auf theoretischem und empirischen Gebiet gleichermaßen in den letzten Jahren stark vorangekommen ist. Das ist umso erstaunlicher, als zugleich festzustellen ist, daß es für diese Forschung gegenwärtig an einer entsprechenden Infrastruktur fehlt. Die Forschungsprojekte werden leider überwiegend aus zufälligen und diskontinuierlichen Forschungsfinanzierungen einzelner Ministerien gefördert und sind von daher in starkem Maße von einzelnen sozialpolitischen Programmen jeweils abhängig. Das wirkt sich dahingehend aus, daß wir zwar eine ganze Reihe von For-

scherguppen in der Bundesrepublik haben, daß aber die übergreifende Verbindung zwischen den Forschungsansätzen stark zu wünschen übrig läßt.

Der Soziologentag bot daher auch die Gelegenheit, eine Sektion für Sozialpolitik im Rahmen der Gesellschaft für Soziologie einzurichten. Die Bereitschaft, an einer solchen Sektion mitzuwirken, ist außerordentlich groß. Die Bildung einer Sektion könnte die Kommunikation unter den mit empirischer Forschung befaßten Gruppen fördern, die Auseinandersetzung unter den verschiedenen theoretischen Positionen voranbringen sowie die theoretische Entwicklung mit der Praxis verbinden und sie darauf stärker beziehen, als das bisher der Fall ist. Aufgabe einer Sektion sollte es ferner sein, die Außendarstellung der Soziologie im gesamten Bereich der Sozialpolitik, die ja auch von anderen Wissenschaften (Ökonomie, Rechtswissenschaften) besetzt ist, zu fördern. Leider ist es ja gegenwärtig so, daß die Lehre der Sozialpolitik von soziologischer Seite so gut wie nicht verfaßt ist.

Und schließlich könnte eine Sektion bei dem jetzt schon starken und weiter anwachsenden Bedarf an sozialwissenschaftlicher Forschung für die Evaluation von sozialpolitischen Programmen und für die Entscheidungsfindung im sozialpolitischen Bereich Standards setzen. Dies ist hinsichtlich der Methoden und hinsichtlich der theoretischen Konzepte sehr zu wünschen. Denn eine Gefahr, die in den Diskussionen auf dem Soziologentag gerade angesichts des großen Bestandes an Zweckforschung immer wieder zur Sprache kam, wurde darin gesehen, daß die soziologische Forschung sich an vordergründige Zielsetzungen der Auftraggeber verlieren könne. Es bildete ein sich durch alle Diskussionen hindurchziehendes Thema, wie der spezifisch sozialwissenschaftliche und soziologische Beitrag zur Sozialpolitik angemessen präzisiert werden könne und was auch von soziologischer Seite

als Zielsetzung der Forschung akzeptiert werden könne. Zu diesen wichtigen Fragen hat allerdings die Diskussion auf dem Soziologentag zu keiner überzeugenden Lösung geführt.

Einen Gedanken möchte ich abschließend noch hervorheben. Er betrifft den gegenwärtigen Zustand der Sozialpolitik in der Bundesrepublik. Wir können nicht nur für die Bundesrepublik, sondern für alle westlichen Industrieländer, eine Krise des Selbstverständnisses der Sozialpolitik, vor allem eine Krise ihrer Zielfindung, konstatieren. In diesem Zeitpunkt eines anwachsenden kritischen Bewußtseins gegenüber dem, was verkürzt als "Sozialstaat" bezeichnet wird, halte ich es für ein wesentliches Ergebnis des Soziologentages, daß gerade die theoretische Diskussion über die Sozialpolitik mit außerordentlich interessanten Beiträgen vertreten gewesen ist und daß ein großes Bedürfnis besteht, die theoretische Diskussion in der Folgezeit weiter voranzutreiben. In dem theoretisch ausgearbeiteten und fundierten Problembewußtsein scheint mir die Soziologie gegenwärtig der allgemeinen gesellschaftlichen Problemlage voraus zu sein. Was an sozialpolitischer Forschung in den vergangenen Jahren geleistet wurde, ist weitgehend ohne eine offizielle oder institutionelle Unterstützung durch die Hochschulen oder durch wissenschaftliche Gesellschaften erfolgt. Die Forschung hat sich aus einem Engagement an den Krisenerscheinungen sozialstaatlicher Leistungssysteme entwickelt bzw. hat sie sich von vornherein als begleitende Forschung zu sozialpolitischen Programmen verstanden wie etwa dem der Psychiatrieenquete oder dem der Humanisierung des Arbeitslebens.

Eine Förderung der soziologischen Forschung in der Sozialpolitik sollte darauf bedacht sein, für diesen Forschungszweig in der Zukunft bessere infrastrukturelle Voraussetzungen zu schaffen, nicht zuletzt auch deswegen, weil in den vergangenen Jahren ein sehr qualifiziertes Potential an

Forschern entstanden ist. Dieses Potential bietet eine Gewähr dafür, sozialpolitische Forschung in einen kontinuierlichen, zielgerichteten Prozeß zu überführen.

Hans Haferkamp

Aus den eingereichten Papieren und aus den Diskussionsbeiträgen zum Themenbereich soziale Probleme und soziale Kontrolle lassen sich ganz grob drei Punkte zum Thema dieser Podiumsdiskussion herauschälen.

1. Es gibt für diesen Themenbereich bereits eine relativ große Menge an Wissen, an empirisch gehärteten soziologischen Aussagen. Herr Opp hat das zwar bestritten, aber ansonsten war da breiter Konsens bei den Teilnehmern der Sitzungen dieses Arbeitsbereichs. Um von den einfachsten Dingen zu sprechen: Es gibt zahlreiche empirische Untersuchungen zur Widerlegung von Thesen von individueller Verursachung von Problemen wie Armut, Kriminalität und psychischen Krankheiten, es gibt Nachweise des Zusammenhangs von ökonomischen Verhaltens, von Behandlungsdifferenzen zuungunsten von Angehörigen der Unterschicht in psychiatrischen Krankenhäusern, Einrichtungen der Sozialarbeit, der Polizei, der Strafjustiz. Es gibt empirisch gesichertes Wissen zu regelrechten Problemerkarrerien, also zu Tatbeständen, die durch das Auftreten von Institutionen sozialer Kontrolle oder einfach durch das Auftreten des Gesetzgebers zu einem sozialen Problem gemacht werden. Dieses Wissen geht ein in Lehre und in zukünftige Forschung. Das ist im Grunde die Praxis, die man für diesen Themenbereich, soweit er von Sozialwissenschaftlern bearbeitet wird, feststellen kann. In dieser Form wird bisher die Soziologie der sozialen Probleme und sozialen Kontrolle praktisch.

2. Es gibt dagegen kaum brauchbare Übersetzungen der wissenschaftlichen Ergebnisse aus diesem Bereich in Anleitungen für praktisches Handeln, für die Beteiligten an Problemen, für die Betroffenen, auch nicht für die Instanzen sozialer Kontrolle, selbst dann nicht, wenn es sich um Organisationen handelt, die selbst, wie z.B. die Strafjustiz auf vergleichbaren Abstraktionslagen ihre Aussagen formulieren und die teilweise ähnliche Begriffe oder Methoden einsetzen. Zum einen Teil liegt das wahrscheinlich daran, daß die Hebel zur Beseitigung sozialer Probleme außerhalb der Reichweite von Sozialwissenschaftlern liegen. Man denke an die Einkommensverteilung. Das führt dazu, daß man Bedingungen sozialer Probleme feststellt, aber keine Modelle zu ihrer Beseitigung entwickelt, da die zu verwirklichenden Maßnahmen nicht von Sozialwissenschaftlern eingeleitet werden können. Zum anderen Teil ist man von vornherein auf eine solche praktische Einflußnahme gar nicht aus, sondern man begnügt sich damit, in der Sozialwissenschaft gemeinsame Gesinnung zu pflegen. Das ist der Fall, wenn die Ergebnisse der wissenschaftlichen Arbeit einfach nur in Sozialkritik, in kritische Kommentierung gesellschaftlicher Prozesse gewendet werden. - So ist das weitere Angebot der Soziologie sozialer Probleme und sozialer Kontrolle an die Gesellschaft relativ bescheiden, um nicht zu sagen, fast gleich null.

3. Auf der anderen Seite besteht bei den Institutionen, die man diesem Themenbereich zurechnen kann, nur sehr geringe Bereitschaft, sich überhaupt mit den an und für sich möglichen sozialwissenschaftlich begründeten Praxismodellen auseinanderzusetzen. Es ist vielmehr so, daß die Institutionen, wie z.B. der Gesetzgeber oder einzelne Organisationen, wie die Polizei, sich ihre sozialwissenschaftlichen Experten suchen und auch finden, die die in den Institutionen schon im vorhinein erarbeiteten Praxismodelle nachträglich legitimieren. Es ist daher gegenwärtig auch noch nicht so, daß man von einer

relevanten Nachfrage der Gesellschaft an die Soziologie sozialer Probleme oder sozialer Kontrolle sprechen könnte.

Klaus Hurrelmann

Ich möchte meine Äußerungen ziemlich subjektiv halten, also nicht den Anspruch erheben, daß ich das zusammenfassen könnte, was in der Gruppe Bildung und Erziehung diskutiert worden ist.

Mir fällt immer wieder auf, bei einem solchen Kongreß ist mir das besonders deutlich geworden: Die Soziologie hat enorm Furore gemacht innerhalb der wissenschaftlichen Diskussion um Bildungsprobleme. Wir haben mit soziologischem Vokabular wirklich die anderen Disziplinen in diesem Feld, insbesondere die Erziehungswissenschaft, weit zurückgeschlagen, wir haben sie überlagert mit soziologischem Fachjargon. Wir haben erhebliche Aufarbeitungen geleistet im Bereich aller möglichen Theorieebenen. Wir haben unser ganzes Instrumentarium an wissenschaftlich-theoretischen Ansätzen mit einigem Erfolg auf diesen Gegenstandsbereich angewandt. Dasselbe haben wir, und ich glaube auch mit einigem Erfolg, im Bereich der Forschungsmethoden getan. Auch hier muß man sagen, daß insbesondere die Erziehungswissenschaft, die in diesem Gebiet zunächst sehr intensiv gearbeitet hat, hoffnungslos unterlegen war und zum Teil auch noch ist gegenüber dem Forschungsinstrumentarium, was aus der soziologischen Tradition gekommen ist. Das heißt also: Die Soziologie hat in der wissenschaftlichen Diskussion des Komplexes Bildung, und das kam auch wieder auf unserem Kongreß hier und in unserer Sitzung deutlich heraus, wirklich sich als eine Disziplin erwiesen, die etwas bieten kann.

Die Frage ist nun natürlich, ob das, was da angeboten wird,

auch wirklich so für die Gesellschaft von Nutzen ist. Und da kommen mir dann doch erhebliche Zweifel. Ich glaube nicht, daß wir auf dem Wege wären einer kontinuierlichen Ansammlung von Wissen, daß wir etwa davon ausgehen könnten, im Laufe der Jahre würde unser Wissensbestand über Probleme des Bildungsbereiches zuverlässig wachsen. Wir haben große Anstrengungen gemacht, aber wir befinden uns bestenfalls auf irgendeinem Spiralweg der Entwicklung, wir kommen immer wieder an Thematiken vorbei, die schon vor 20, 30 Jahren auch von anderen behandelt worden sind. Wir drücken sie in einer anderen Sprache aus, wir drücken sie auf die heutigen Verhältnisse angewandt aus, das ist sicherlich unheimlich wichtig. Aber ich glaube nicht, daß darin ein möglicher massiver Vorsprung an Wissensakkumulation und an gesellschaftlichen Wirkungsmöglichkeiten sich ausdrücken würde. Wir sind im Wissenschaftsbetrieb so ungewöhnlich erfolgreich, in der Konkurrenz mit den Nachbardisziplinen, und dieser Erfolg hat uns vergessen lassen, was unsere Disziplin eigentlich gesellschaftlich leisten kann und was nicht.

Natürlich kann die Soziologie der Gesellschaft im Bildungsbereich einiges anbieten - zur Analyse des Bildungswesens, zur Beschreibung von Bildungsreformen und vielem anderem mehr. - Sie verstellt sich aber zum Teil selbst den Weg, und das ist das Wichtigste, was sich meiner subjektiven Ansicht nach gezeigt hat. Wir verstricken uns - wenn Sie das miterlebt haben, es war auch hier wieder so, das ist sehr interessant und sehr lebendig - wir verstricken uns immer wieder selbstgefällig in theoretische Dispute. Wir machen Nabelschau, wir diskutieren, welcher Ansatz das eine leistet und welcher das andere, aber wir kommen in dieser Diskussion nicht sehr viel weiter, drehen uns im Kreis. Wir haben versucht, diese Diskussion anzuwenden auf das Feld der Bildungsforschung, aber da kann man gerade nicht behaupten, daß wir hier einen problembezogenen Durchbruch erzielt hätten in

dieser Diskussion. Der Wissenschaftsbetrieb läuft meiner Ansicht nach ab mit falschen Steuerungsmechanismen. Es wird nicht belohnt, wenn Wissenschaftler in der Hochschule sich beschäftigen mit konkreten Praxisproblemen, sondern es wird belohnt, wenn sie weiterbasteln an der Theorieentwicklung. Das zählt und bringt wissenschaftliche Reputation, das merken wir in unseren Gebieten genauso wie in den grundlegenden theoretischen Gebieten, also in der Grundlagentheorie als solcher.

Was nun den Beitrag zur Gesellschafts- und zur Bildungspolitik angeht, so würde ich folgendes sagen: Wir dürfen nicht länger davon ausgehen - das hat uns ein falsches Verständnis empirisch-analytischer Forschungsmethodologie lange Jahre suggeriert - daß wir in der Lage seien, wirklich für alle anstehenden bildungspolitischen Probleme, die immer auch irgendwie soziale und gesellschaftliche Probleme sind, Instrumentarien bereit zu haben, um sie zu analysieren, und wir dürfen auch nicht so tun, als wenn wir in der Lage seien, Vorschläge zu machen, wie diese Probleme gelöst werden können. Das können wir nämlich nicht, wie ein kritischer Rückblick in die kurze Geschichte unserer Teildisziplin zeigt.

Ich will zwei Beispiele nennen.

Vor zehn Jahren kam die Diskussion über die "Bildungskatastrophe" auf. Die Erkenntnis stand dahinter, daß wir zu wenige Akademiker hätten. Es wurde dann versucht, mit exakten wissenschaftlichen Instrumentarien, insbesondere einer auf der Wachstumstheorie basierenden Bildungsökonomie, zu errechnen, wie groß denn der Bedarf einer hochindustrialisierten Gesellschaft an wissenschaftlichen Führungskräften sein sollte, sein müßte. Sie wissen, daß diese Diskussion nicht aufgegangen ist, daß solche Berechnungsmodelle sich verbieten, daß sie, so würde ich mal zuspitzen, ein unangemessener Anspruch unserer Disziplin, in diesem Falle der Bildungsfor-

schung, waren. Wir sind aus verschiedenen Gründen nicht in der Lage, solche exakten Rechenspiele zu machen. Die Voraussetzungen, solche Daten zu erheben, sind gar nicht gegeben, es spielen viel zu viele politische Größen in diese Vorhersagen hinein, und vieles andere mehr. Das heißt, heute traut sich kein Mensch mehr, solche Prognosen zu machen, und wenn er es tut, dann sind das wirklich überwiegend Spielgrößen, die das Instrumentarium testen sollen, aber die für die politische Entscheidung wirklich nicht von außerordentlich großer Relevanz sind.

An diesem Beispiel zeigt sich, wie die Soziologie, insbesondere aber die Bildungsforschung recht hilflos auf ein massives gesellschaftliches Problem reagiert hat. Und wenn Sie die heutige Situation nehmen, so zeigt sich ja sehr plastisch, wie wenig wir dazu beitragen können, jetzt zu prognostizieren, wieviele Akademiker wir heute etwa brauchen. Das heißt also, hier hinken wir wirklich hinter der gesellschaftlichen Problematik hinterher, und ich würde das doch als eine sehr kritische Adresse an diese Disziplin richten.

Ein zweites Beispiel, in einem anderen Bereich angesiedelt: Studentenunruhen. Die gab es auch vor etwa 10 Jahren. Und wenn Sie sich da mal anschauen, was an Erklärungen existiert in der Fachliteratur, warum es dazu gekommen sei, wie diese Bewegung zu erklären sei, dann werden Sie höchst widersprüchliche und sehr subjektiv gefärbte Äußerungen hierzu antreffen. Und wir müssen auch hier doch eingestehen, daß wir mit unserem theoretischen und methodischem Instrumentarium wirklich nicht in der Lage waren, einen Problemkomplex systematisch zu analysieren und etwa sogar eine Prognose zu treffen.

Ich würde also selbstkritisch sagen und glauben: Wir betreiben insgesamt eine wissenschaftliche Forschung, die nach einem zu hohen, weil wahrscheinlich falschen Anspruch ausgerichtet ist. Wir müssen diesen Anspruch korrigieren. Wir müs-

sen herunter von der Fiktion, daß wir in der Lage seien, nach empirisch-analytischer forschungs-methodologischer Manier wirklich abgesicherte Auskünfte zu geben über die Weiterentwicklung dieser Gesellschaft, das halte ich für einen zu hochgezogenen Anspruch. Wenn wir den mal fallenlassen und realistisch sehen, was wir können, nämlich in erheblichem Maße Aufklärungsfunktionen leisten, Selbstbesinnung leisten im Wissenschaftsprozeß, aber auch über ihn hinaus in der Gesellschaft, wenn wir unser Instrumentarium einsetzen, um unsere Gesellschaft kritisch an ihren eigenen Ansprüchen zu messen und sie in einer vernünftigen Bewältigung ihrer Bildungsprobleme unterstützen, dann käme es auch in diesem Bereich wieder zu einer Konsolidierung dessen, was tatsächlich möglich ist und dessen, was die Gesellschaft braucht und was unserer Disziplin letztlich auch gut tut.

Burkart Lutz

Ich möchte die Ambivalenz Ihrer Reaktion verstärken. Der Beitrag von Herrn Hurrelmann macht es mir möglich, in der Berichterstattung über den Bereich Arbeit eine extreme Gegenposition einzunehmen - wobei ich sehr wohl weiß, daß der Bericht von Herrn Hurrelmann über die Situation der soziologischen Bildungsforschung, in der ich mich ja auch ein wenig betätigt habe, in seiner Härte und Schärfe nicht alles abdeckt und daß die Lage im Bereich Arbeit keineswegs so durchgängig positiv ist, wie ich sie jetzt darstellen werde.

Gemäß einem weithin akzeptierten Theorem, auf das soeben auch Herr Hurrelmann rekurriert zu haben scheint, ist Soziologie um so praxisnäher, je weniger theoretisch sie ist. Meiner Meinung nach lassen sich die eineinhalb Tage, die wir zum Thema Arbeit hier in Bielefeld diskutiert haben, mit einer genau entgegengesetzten Formulierung zusammenfassen:

In unserer Diskussion wurde sehr deutlich, daß das Problem des ungenügenden Praxisbezuges primär ein Problem der unzureichenden Theorie ist.

Damit sind freilich auch neue Anforderungen an Theorie bezeichnet, die mit der Orientierung, mit der Art und Weise, mit dem ausgesprochen spekulativen, auf Selbstverständigung und Weltdeutung gerichteten Anspruch wenig zu tun haben, mit denen im letzten Jahrzehnt überwiegend soziologische Theorie betrieben wurde (mit welcher Feststellung ich wiederum von Herrn Hurrelmann nicht soweit entfernt bin).

Nachdem sich das Theorieverständnis in der Industriesoziologie in den letzten Jahren eher gleitend als in Form einer dramatischen Wende geändert hat, erbrachten die Diskussionen in Bielefeld einen ganz eindeutigen Konsens in dem Sinne, daß eine gute Theorie eine notwendige, wenn auch nicht hinreichende Voraussetzung dafür darstellt, daß Soziologie und Soziologen - objektiv effizient und subjektiv guten Gewissens - einen Beitrag zur gesellschaftlichen Praxis leisten können. Dies zeigt sich sehr klar an einem Problem, das ich exemplarisch behandeln möchte, auf das Herr von Ferber bereits eingegangen war und das in der Tat eine Brücke zwischen Sozialpolitik und Arbeit schlägt, von der ich aber doch - Ihr Einverständnis, Herr von Ferber, unterstellend - sagen würde, daß es industriesoziologischer Tradition zuzurechnen ist, nämlich das Problem der Arbeitsorganisation und ihrer Veränderung im Rahmen von Maßnahmen und Programmen zur Humanisierung der Arbeit.

Es ist noch nicht sehr lange her, da waren Industriesoziologen, auch wenn sie öffentliche Aufträge erhielten, in der sehr angenehmen Lage, Alibi-Forschung betreiben zu können: Der gesellschaftspraktische Zweck der Forschung war bereits damit erfüllt, daß überhaupt geforscht wurde, ganz gleich wie gut das Projekt war und welche Ergebnisse es

brachte. Aus Gründen, auf die ich im einzelnen nicht eingehen kann (obwohl sich dieses verlohnen würde, denn sie haben vielleicht sogar etwas mit Prozessen der Verwaltungsrationalisierung zu tun, an denen die Soziologen nicht ganz unbeteiligt waren), begnügen sich nun seit einiger Zeit die öffentlichen Auftraggeber nicht mehr damit, daß bloß geforscht wird, sondern sie wollen auch, daß hierbei Ergebnisse produziert werden.

Dieser Anspruch schafft für den Soziologen eine sehr schwierige Situation. Sie ist schwierig nicht, weil die Industrie-
soziologen nicht in der Lage wären, gute Produkte hervorzubringen; sie verfügen im Gegenteil im Hinblick auf Arbeitsorganisation, technischen Fortschritt und damit zusammenhängende Fragen über eine lange Tradition und effektive Forschungsansätze und -instrumente, mit denen man sehr wohl zu Ergebnissen kommen kann, die Hand und Fuß haben. Schwierig ist die Situation vielmehr deshalb, weil unsere Ergebnisse, gerade wenn sie gut sind, gesellschaftliche Wirkungen haben können, die wir nicht zu kontrollieren imstande sind.

Zumindest im Bereich Arbeit ist "die Gesellschaft" eine Abstraktion und kein Adressat soziologischer Aussagen mit klar definierten Interessen und Bedürfnissen. Praktisch alles, was Industriesoziologie untersucht, bezieht sich auf Adressaten, die ihrerseits in einem konfliktuellen Verhältnis zueinander stehen. Dies gilt nicht nur für die sogenannten Sozialpartner. Man braucht nicht unbedingt ein gläubiger Anhänger der Stamokapthesen zu sein, um die absolute Interessenneutralität des Staates in jeder Situation in Zweifel zu ziehen; auch wer im Rahmen staatlicher Aufträge forscht, muß sich die Frage vorlegen, was seine Auftraggeber mit den Forschungsergebnissen anfangen werden und können.

Dies bedeutet allerdings, daß wir uns zwei Fragen gleichzeitig zu stellen, daß wir zwei Zusammenhänge gleichzeitig zu analysieren haben. Wir müssen einmal - dieses ist die unmittelbare Aufgabe unserer Forschungen - gesellschaftliche Entwicklungen und Veränderungen in einem sehr konkreten Sinn analysieren, zum Beispiel in Form von betrieblichen Umstellungen, die aus öffentlichen Mitteln des Programms zur Humanisierung der Arbeitswelt gefördert werden. Gleichzeitig müssen wir uns Rechenschaft darüber abzufragen suchen, wie denn nun das Aufdecken bestimmter Abläufe, das Aufzeigen bestimmter intendierter oder nicht-intendierter Folgen von Umstellungen selbst wieder in den gesellschaftlichen Prozeß zurückwirken, kurz, wie dieser Prozeß seinerseits dadurch verändert wird, daß er Objekt soziologischer Analysen ist, deren Ergebnisse mehr oder minder vermittelt in ihn zurückfließen.

Beide Aufgaben - den gesellschaftlichen Prozeß transparent zu machen und die Nutzung seiner höheren Transparenz im Prozeß zu kontrollieren - setzen zu ihrer Lösung die Verfügung über eine spezifische Theorie voraus, d.h. eine Theorie, die uns in die Lage versetzt, das, was wir an Fakten, Daten und Erfahrungen sammeln, so zu interpretieren (und nicht nur zu klassifizieren), daß gesellschaftliche Prozesse verstehbar, erklärbar, rekonstruierbar werden.

Solche spezifische Theorien, die dieses leisten könnten, besitzen wir natürlich nicht. Und ein Referat, von dem ich glaube, daß es ein gutes Stück Theorie darstellt, endete mit der Frage, ob nicht das Theoriedefizit in der Auseinandersetzung mit den Problemen des technischen Fortschritts mehr sei als bloß Ausdruck von Ungenügen der bisherigen soziologischen Arbeit, sondern vielmehr mit dem Gegenstand selbst zusammenhänge; es könne zumindest nicht ausgeschlossen werden, daß sich der Gegenstand seiner Natur nach immer wieder dem Zugriff von Theorie entzieht. Dies ist aber keine Legitimation dafür, die Theoriebildung abzubrechen, sondern nur

eine Warnung davor, sich der Mühsal und Unsicherheit des Operierens mit unvollkommenen Theorien und Theoriestücken entziehen zu wollen.

Festzuhalten ist, daß das, was wir im Bereich der Industrie-
soziologie jetzt an theoretischen Fragen zu generieren in
der Lage sind, Produkte von Forschungsprozessen sind und
daß sich nunmehr - zumindest als nicht existent und damit
als zu leistend definiert - eine Art von Theorie heraus-
zukristallisieren beginnt, die anders ist als das, was im
letzten Jahrzehnt unter diesem Rubrum im Elfenbeinturm der
akademischen Diskussion produziert und reproduziert wurde.
Es gibt sehr verschiedene Arten und Formen soziologischen
Denkens, die den Anspruch erheben, Theorie zu sein. Und
wir müssen uns davor hüten, nicht mit der legitimen Kritik
an einem bestimmten Typ von Theorie diese insgesamt und an
sich als ein unverzichtbares, wenn auch nie voll zu leistendes
Rüstzeug soziologischen Denkens zu diskreditieren.

Theo Pirker

In unserer Gruppe Mitbestimmungsforschung und Partizipa-
tionsforschung ist das wichtigste Ergebnis, daß die Betei-
ligten sich darüber klar geworden sind - und ich glaube
auch, die Vertreter anderer Interessen in unserer Zunft
sollen das wahrnehmen -, nämlich daß Mitbestimmungsforschung
und Partizipationsforschung keinen Appendix-Charakter mehr
hat und haben kann. Von ihrer Bedeutung her, wie auch von
der Fragestellung her. Ich erinnere mich, daß bei der Vor-
bereitung dieses Soziologentages, als der Vorschlag gemacht
wurde, spezifisch über Mitbestimmungs- und Partizipations-
forschung zu sprechen, gesagt wurde, daß eigentlich bei al-
len Projekten die Problematik der Mitbestimmung und Parti-
zipation irgendwo einmal aufscheine, aber sozusagen in appen-

dixmäßiger Form. Das zeigt, daß im Grunde genommen entweder diese Mitbestimmung und Partizipation tatsächlich in unserer Gesellschaft ein so großes politisches Gewicht hat, daß sie in allen sozialen Problemen, die wir untersuchen, auftritt, oder daß Mitbestimmung und Partizipation einen legitimatorischen Auftrag, eine legitimatorische Funktion haben für die Durchführung nicht nur für Zentralherrschaft, sondern auch für lokale Herrschaft, managereller oder bürokratischer Herrschaft. Selbst wenn das letztere nur allein so wäre, was ich nicht glaube, dann müßten wir diese Funktion ernst nehmen, denn wenn ganz bestimmte Legitimationsschemata in einer Gesellschaft so weit verbreitet sind, dann ist entweder die Gesellschaft in einer vollkommenen Illusion begriffen und zwar in allen ihren Teilen oder diese Gesellschaft sieht ihre zentralen Probleme nicht mehr.

In unseren Vorträgen und in den Diskussionen wurde auch deutlich, daß aber eine tatsächliche Diskrepanz zwischen dem politischen Gewicht und dem Umfang der Forschung auf dem Gebiete der Mitbestimmung und Partizipation besteht. Interessanterweise hat sich z.B. kein Beitrag mit einem Gebiet beschäftigt, in dem Mitbestimmung in der letzten Dekade sowohl rechtlich fixiert wurde in den verschiedensten Formen, wie auch in den verschiedensten Formen aufgetreten ist, nämlich an den Hochschulen selbst. Unsere Wissenschaft kann nicht erwarten, daß bestimmte Auftraggeber uns sagen: "Können Sie das und das Problem der Mitbestimmung und Partizipation erforschen?", wenn die Hochschule selbst sich seit einer Dekade gegenüber empirischer Forschung vollständig immunisiert. Wer also die Forderung erhebt, daß diese Sozialforschung eine bestimmte Funktion in dieser unserer Gesellschaft habe, kann die Hochschule nicht ausschließen.

Nun leidet aber Mitbestimmung- und Partizipationsforschung seit ihrem Beginn, schon seit den Mitbestimmungsprojekten der

50er Jahre daran, daß sie mitten in das Geflecht der Macht hineinkommt, wenn sie ins Feld geht, was zur Folge gehabt hat, daß man zwar die Einstellung von Arbeitern und Angestellten zu den Mitbestimmungs-Institutionen und Mitbestimmungs-Konzeptionen befragen und nachfragen konnte, aber es gibt keine Untersuchung bis heute auf dem Gebiete der industriellen Mitbestimmung, in dem auch sozusagen der Countenpart der Arbeitnehmer, nämlich die Management-Organisation in der industriellen Mitbestimmung ganz systematisch und selbstverständlich miteinbezogen worden wäre.

Dieses Machtverhältnis oder diese unterschiedlichen Machtverhältnisse treffen die Mitbestimmungs- und Partizipationsforschung in voller Härte und die Kollegen, die Mitbestimmungs- und Partizipationsforschung gegenwärtig auf den verschiedenen Gebieten betreiben, sind sich klar, daß im Mittelpunkt der Partizipationsforschung die Kategorie gesellschaftlicher Macht steht.

Im Zusammenhang nun mit diesem Problem der gesellschaftlichen Macht ergibt sich nicht nur in der Soziologie, sondern auch in benachbarten Sozialwissenschaften, wie auch in dem, was man das spezifisch politische, oder allgemeine politische Bewußtsein unserer Gesellschaft nennt, ein Mangel an einer schlüssigen Demokratie-Theorie, die sowohl unserer gesellschaftlichen Erfahrung gemäß ist, wie auch die Probleme, mit denen wir konfrontiert sind als Sozialforscher und als Aktionäre innerhalb dieser Gesellschaft abdecken könnte. Das wurde deutlich in der Diskussion über zwei zentrale Begriffe der Mitbestimmungs- und Partizipationsforschung, nämlich die Kategorie der Betroffenheit und die Kategorie des Partizipationspotentials. Die von unserer Wissenschaft angebotenen Theoreme reichen nicht aus, diese Begriffe der Betroffenheit und Partizipationspotentials, die für unsere Forschung zentral sind, vollkommen abzudecken, logisch,

systematisch abzudecken. Und sie sind unbrauchbar, um aus diesen Theoremen heraus ganz bestimmte instrumentale Folgerungen für die Forschung ziehen und sozusagen Deutungsmuster für die Daten, die man erhebt, bekommen könnte. Im Mittelpunkt der vorgestellten Projekte stand die Partizipation im Zusammenhang mit der Stadtsanierung.

Sie wissen, daß auch auf diesem Gebiete es eine Fülle von Aktivitäten gibt, Aktivitäten, die mehr oder weniger auch vom Gesetzgeber festgelegt sind, oder verordnet sind. Auf diesem Gebiete der Partizipationsforschung in der Stadtsanierung ergeben sich meiner Ansicht nach äußerst interessante Kooperationsmöglichkeiten mit Teilen der Bürokratie, die tatsächlich diese Stadtsanierungen implementieren muß, und zwar eine Interesseneinheit zwischen den von solchen Sanierungsprojekten Betroffenen mit dem Sozialforscher und auch dem lokalen Interesse der Bürokratien, die eben für diese Implementation verantwortlich sind, d.h. mit begrenzten Mitteln ein Optimum auf diesem Aufgabengebiet der Stadtsanierung zu erreichen. Dies ist nicht nur eine Theorie oder ein Wunschgebilde, sondern das scheint mir auch eine Erfahrung aus den Projekten zu sein, die sich mit Stadtsanierung beschäftigt haben, z.B. der Zugriff zu öffentlichen statistischen Quellen, wie auch die Kooperation mit Teilen dieser Bürokratie, die vor Jahren noch undenkbar war auf diesem Gebiete, scheint sich langsam einzuspielen. Es wird also von der Bürokratie an die Sozialforschung auf diesem Gebiete nicht mehr nebulöse Forderungen gestellt, sondern konkrete Forderungen, und zwar nicht so sehr in legitimatorischer Hinsicht, sondern in Hinsicht darauf, wie eben mit begrenzten Mitteln unter einem Minimum von sozialen Störungen ganz bestimmte Aufgaben der Stadtsanierung erfüllt werden können.

Im Zusammenhang noch mit einem anderen Gebiete ergibt sich meiner Ansicht nach die Möglichkeit eines Angebots von Sei-

ten der Partizipationsforschung her. Das bereits öfter erwähnte Projekt Humanisierung des Arbeitslebens hat ja in seiner Programmatik ausdrücklich diese Partizipationsintention. Interessanterweise gibt es heute noch kein größeres Projekt innerhalb dieses Projektes Humanisierung des Arbeitslebens, das sich spezifisch mit dieser Frage beschäftigt. Das gilt auch auf anderen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens, in denen der Gesetzgeber, aus welchen Gründen auch immer, partizipative Intentionen in das Gesetz hineingeschrieben hat. Meine These ist, daß die Soziologie, die Soziologen in viel schärferer Weise als bisher nicht nur in einer allgemeinen Weise die Kritik an Gesetzgeber anlegen sollten, sondern den Gesetzgeber beim Wort, d.h. beim Buchstaben zu nehmen haben. Das dürfte in besonderer Weise auch gelten auf dem Gebiete von Soziologie und Sozialpolitik. Das ist natürlich eine äußerst gefährliche Sache, weil man, wie gesagt, zum nachträglichen Legitimationslieferanten für ganz bestimmte politische und gesetzgeberische Entscheidungen werden kann. Aber es ist auch eine Sache, die uns zeigt, daß Sozialforschung nicht mehr in der akademischen Distanz und meiner Ansicht nach, nicht mehr in der Form akademischer Verfaßtheit allein geleistet werden kann. Dies hat die Enquete über die Lage der soziologischen Forschung in der Bundesrepublik Deutschland ziemlich eindeutig nachgewiesen. Daraus müssen aber auf den verschiedenen Gebieten Konsequenzen gezogen werden. Unmittelbare Angebote kann die Mitbestimmungs- und Partizipationsforschung machen auf den Gebieten, in denen sie analysiert hat, welche Modelle von Bürgerpartizipation eben ganz bestimmten Kriterien der Partizipation entsprechen. Und solche Modelle, auch nicht nur soziologisch, sondern auch sozialorganisatorisch, institutionell und juristisch abzusichern, ist ein Aufgabengebiet der Sozialforschung, der soziologischen Forschung, vor dem sie sich eigentlich lange, lange Jahre trotz der großen Tradition, die unsere Wissenschaft auf diesem Ge-

biet hat, ein wenig gedrückt hat.

Das zweite Angebot ist, daß in Form sogenannter begleitender Sozialforschung ganz bestimmte Angebote gemacht werden können. Es ist mir z.B. vollkommen unverständlich, wie sowohl die Betroffenen, wie auch die Soziologie und die Sozialforscher nicht einzusehen vermögen, daß mit der Implementation der neuen gesetzlichen Regelung über die Mitbestimmung mehr als 650 Großunternehmen in der Bundesrepublik nicht unmittelbare Forschungsangebote gemacht werden können, in denen zurückgegriffen werden kann auf bestimmte Ergebnisse in den verschiedensten Feldern der Soziologie. Dasselbe gilt auch mit ganz bestimmten Möglichkeiten der Nutzung der Technik auf dem Gebiete der Kommunikation und der Partizipation. Wir können als Sozialforscher, gerade wenn wir Mitbestimmungsforschung und Partizipationsforschung treiben, nicht immer im Nachhinein wissenschaftlich zu forschen und zu denken beginnen, wenn also die Probleme, die Friktionen aufgetreten sind, wir müssen auch die Aufgabe erfüllen, vor auszudenken.

Hermann Korte

Ein Bericht über die derzeitige Arbeit der Sektion Stadt- und Regionalsoziologie und die Arbeitsergebnisse müssen notwendigerweise ambivalent sein. Zum einen ist eine mehr optimistisch-positive Deutung der Arbeitsergebnisse und der zukünftigen Arbeitsbedingungen möglich, gleichzeitig aber auch eine mehr negativ-pessimistische Betrachtungsweise angebracht.

Lassen sie mich aber zunächst eine Vorbemerkung machen. Die Sektion Stadt- und Regionalsoziologie hat sich von jeher da-

durch ausgezeichnet, daß immer etwa ein Drittel ihrer Mitglieder ihren täglichen Broterwerb und auch ihre Karriere außerhalb der Universität betreiben. Dies hat für die von Klaus Hurrelmann beschriebene Form der Nabelschau eine gewisse mildernde Wirkung, wengleich sie auch bei uns nicht ganz ausgeschlossen ist.

Die Diskussion über bestimmte städtische und regionale Probleme, deren Arbeitsergebnisse wir heute vorliegen haben, ist ungefähr 10 Jahre alt. Etwa seit der Strukturkrise 1966/67 gab es eine verstärkte soziologische Beschäftigung mit dem Ausmaß und den Entstehungsgründen auch räumlich fixierter Disparitäten. Man kann ganz allgemein sagen, daß etwa 1970 der theoretische Rahmen, der eine Bearbeitung städtischer Entwicklungsprobleme und städtischer Disparitätsprobleme möglich machte, bereits vorhanden war. Seitdem ergeben sich immer mehr Möglichkeiten, soziologische Kenntnisse verstärkt auf den verschiedenen städtischen Entscheidungsebenen ins Gespräch zu bringen. Angefangen hat es unter anderem damit, daß auf eine Initiative von Hans-Paul Bahrdt in das Städtebauförderungsgesetz bestimmte Vorschriften zur Partizipation und zur Sozialplanung aufgenommen wurden, wobei sich jeder darüber klar war, daß dies zunächst nur eine minimale Bedeutung haben konnte. Die "Minimalia" haben sich aber von Jahr zu Jahr vermehrt. Heute können wir sagen, daß die soziologische Beteiligung an der Klärung und Behebung städtischer Disparitäten mittlerweile akzeptiert ist. Dies wurde auch deshalb erreicht, weil sich für die soziale Dimension räumlicher Planung in der Stadt kein Ersatz durch andere Disziplinen finden ließ. So kann man feststellen, daß sich in der Zusammenarbeit mit den kommunalen Entwicklungsplanern nach und nach eine Verfeinerung sowohl der theoretischen, wie auch der praktischen Leistungsfähigkeit der Soziologie hinsichtlich städtischer Entwicklungsprobleme ergeben hat. Die Forschungsarbei-

ten waren aber nur über Auftragsforschung möglich, weil in den Universitäten dazu in keiner Weise eine Forschungs-Infrastruktur bestand.

Kritisch muß hierzu angemerkt werden, daß dies alles im Prinzip etwa 10 Jahre zu spät kommt. Die räumliche Verteilung von Disparitäten ist mittlerweile im wesentlichen zementiert, da der Wiederaufbau, insbesondere der Ersatzwohnungsbaue, im großen und ganzen abgeschlossen ist. Es ist daher fraglich - dies wird auf den Sektionssitzungen auch immer wieder diskutiert - ob es sinnvoll ist, ja überhaupt möglich ist, in der Zusammenarbeit mit kommunalen Entwicklungsplanern den relativ schmalen Weg zwischen dogmatischer Illusion und dogmatischer Resignation zu gehen. Derjenige, der in einer Universität arbeitet, wird diese Frage in der Tendenz anders beantworten als ein Soziologe, der bei einer großen Wohnungsbaugesellschaft oder bei einem kommunalen Entwicklungsamt arbeitet, wobei berücksichtigt werden sollte, daß sich in diesen Bereichen nach wie vor eine Fülle von Berufschancen bieten.

Kritische Anmerkungen ergeben sich nicht nur aus der Betrachtung dessen was man im Moment tut, sondern auch durch ein Problem, das in den letzten zwei Jahren in den Mittelpunkt der Diskussionen gestellt worden ist. Bei der Bearbeitung der Möglichkeiten der Einbringung der sozialen Dimension in kommunale Entwicklungsplanung hat sich ergeben, daß eine Fülle von Entscheidungskompetenzen den Kommunen längst abgenommen und in Zentralinstanzen zusammengefaßt worden sind. Hier sind eine Reihe von Kollegen berechtigterweise zu der Auffassung gekommen, daß dieser Zusammenhang sowohl für die theoretische als auch für die praktische Weiterarbeit und für die praktische Verwertung von soziologischen Kenntnissen von ebenso entscheidender Bedeutung ist, wie für die regionale Entwicklung in den nächsten 10 Jahren,

für die Raumordnung in der Bundesrepublik und auch in den angrenzenden Staaten. Zum heutigen Zeitpunkt kann man bereits sagen, daß es eine Reihe von Möglichkeiten gibt, die Gründe für regionale Entwicklungen und für regionale Disparitäten einsichtig darzustellen. Dagegen gibt es große Schwierigkeiten bei der Soziologielieferne der politischen Zentralinstanzen - hier liegt ein großer Unterschied zu städtischen Entwicklungsproblemen - in irgendeiner Weise diese Kenntnisse und dieses Wissen in Planungs- und Entscheidungsprozesse einzubringen. Wir sind auch nicht in der Lage, ohne eine universitätseigene Forschungs-Infrastruktur entsprechende Vorleistungen zu erbringen, um so die Öffentlichkeit auf Probleme hinweisen zu können, die prognostisch in 3-5 Jahren auftreten werden.

Ich kann die Schwierigkeiten und die Soziologielieferne hier nur an zwei Beispielen deutlich machen. Von (mit-) entscheidender Bedeutung für die weitere räumliche Entwicklung der Bundesrepublik ist unter anderem der Zusammenhang zwischen Bevölkerungsentwicklung und der regionalen Raumentwicklung. Zum Beispiel findet im Dezember 1976 eine große Konferenz in Berlin zu diesem Thema statt. Dort sprechen ungefähr 25 Experten, nur einer von ihnen ist Soziologe. Das andere Beispiel ist der Beirat für Raumordnung, der eine wesentliche Funktion bei der Politikformulierung der Bundesregierung einnimmt. Unter seinen 45 Mitgliedern sind lediglich 2 Soziologen. Daran kann man sehen, wie gering die Chance ist, die theoretisch zum guten Teil erklärbare räumliche Ungleichmäßigkeit gesellschaftlicher Entwicklungen auch unter soziologischen Gesichtspunkten in der Politikdiskussion zu behandeln. Es besteht für mich allerdings kaum ein Zweifel daran, daß in einigen Jahren, wenn auf regionaler Ebene, wie bereits in den großen Städten geschehen, Legitimationskrisen auftreten, plötzlich und dann allerdings wahrscheinlich zu spät die notwendigen Forschungsmittel zur Verfügung gestellt werden.

Joachim Matthes

Ich habe mir ziemlich lange den Kopf darüber zerbrochen, was ich wohl aus der Arbeitsgruppe Theorienvergleich heraus - aus dem, was sie hier getan hat und dem, was sie in den Zusammenkünften seit Kassel getan hat - zum Thema "Was kann die Soziologie der Gesellschaft bieten" beitragen kann. Herr Lutz hat mich in gewisser Hinsicht aus dieser Verlegenheit befreit mit seinem Theorem, denn wenn es so ist, daß Praxisnutzen, Praxisertrag und Praxisfähigkeit wesentlich von guter Theorie abhängen, dann könnte ich das, was wir zu tun versuchen, als Versuch so beschreiben: Wir bemühen uns, die Voraussetzungen für bessere Theorien zu schaffen, wobei dieses Bemühen sich abspielt auf der grundlagentheoretischen Ebene, d.h. auf der Ebene, auf der es darum geht, Grundlagentheorien, die in einem Verhältnis der wechselseitigen Exklusivität oder Konfrontation stehen, in ein Vergleichsverhältnis zu setzen, um auf diese Weise in der Ausfolgerung grundlagentheoretischer Voraussetzungen und Entscheidungen einen höheren Integrationsgrad auf der Ebene der objektgebundenen Theorien zu erreichen.

Das, was wir tun, vollzieht sich also zunächst auf der Ebene, die Luhmann die Ebene der "Praxis der Theorie" nennen würde, und ich denke, daß wir auf dieser Ebene noch eine ganze Weile zu tun haben werden. Das Ziel, oder eines der Ziele, das wir dabei verfolgen und das dann möglicherweise beim nächsten Soziologentag etwas stärker in den Vordergrund der Diskussion rücken wird, wird sein, den Versuch zu unternehmen, aus den erzielten Ergebnissen im Vergleich unterschiedlicher grundlagentheoretischer Ansätze Konsequenzen zu ziehen auch für eine Redefinition des Verhältnisses von Theorie und Praxis überhaupt und - möglicherweise - Konsequenzen zu ziehen im Hinblick auf die Redefinition sozialer und soziologischer Probleme von verschiedenen ins

Verhältnis zueinander gesetzten theoretischen Ansätzen aus. Der bisherige Ertrag auf dem Wege zu diesem Ziel ist, wie Sie auch aus den Beiträgen zu der Zusammenkunft bei diesem Soziologentag gesehen haben, noch nicht sehr groß. Aber die Perspektiven, einen besseren Ertrag zu erzielen, sind nicht schlecht. Mit diesen kursorischen Bemerkungen möchte ich es hier bewenden lassen und noch ein paar Bemerkungen hinzufügen, die das Thema dieser abschließenden Diskussion ein wenig wenden.

Wir haben bisher darüber gesprochen, was die Soziologie der Gesellschaft bieten kann. Ich möchte ein paar Bemerkungen dazu anschließen, was wir denn der Soziologie eigentlich für Soziologen bieten. Diese Wendung zurück auf den Umstand, daß ja schließlich die Soziologie nicht nur Forschungsergebnisse, sondern auch ausgebildete Personen der Gesellschaft übergibt, ergibt sich aus der doch für mich etwas merkwürdigen und überraschenden Beobachtung, daß bei diesem Soziologentag, obwohl es einige Angebote in dieser Richtung gegeben hat, die Diskussion über die Praxisorientierung des soziologischen Studiums außerordentlich mager verlaufen ist.

Ich habe den Eindruck, als ob die Beteiligung und das Interesse an der Behandlung dieses Themas insbesondere bei denen stark zurückgegangen ist, die vor 7, 8 oder 10 Jahren durch ihr eigenes inneruniversitäres politisches Handeln die Diskussion dieser Frage überhaupt erst in Gang gesetzt haben, nämlich bei den Studenten des Faches. Darüber kann ich mich im Augenblick nur wundern, woran das liegt, weiß ich nicht. Jedenfalls finde ich es überraschend, daß das starke Gewicht, das die Frage nach einer Neuorientierung des soziologischen Studiums in der ersten Hälfte dieses Jahrzehnts gewonnen hat, offensichtlich unter dem nachlassenden Interesse bei denen, die selbst davon betroffen sind,

allmählich wieder an Gewicht verliert.

Erstens: Ich finde, daß wir mit den verschiedenen Versuchen (nicht nur den hiesigen Bielefelder), Praxisorientierung in das Studium der Soziologie hineinzutragen, darum in möglicherweise gar nicht mehr aufhebbare Schwierigkeiten hineingeraten sind, als wir uns nicht zureichend klar gemacht haben, daß gesellschaftliche Praxis im Rahmen des soziologischen Studiums immer mehr rekonstruiert werden kann, und daß es angesichts dieses Umstandes entscheidend darauf ankommt, eine Logik und eine Methodologie dieser Rekonstruktion von Praxis innerhalb des Studiums zu entwickeln. Dies haben wir weithin versäumt und haben uns damit begnügt, die Rekonstruktion gesellschaftlicher Praxis im Studium in ein Problem der curricularen Gestaltung aufzulösen.

Zweitens hat sich, glaube ich, doch gezeigt, daß die Durchführung und das Durchhalten eines praxisorientierten Soziologiestudiums eine ganz neuartige und ungewöhnlich intensive Kommunikation und Zusammenarbeit unter den Lehrenden voraussetzt. Was man sich bei herkömmlichen Formen des Soziologiestudiums noch leisten könnte, nämlich über gleiche Gegenstände in unterschiedlichen theoretischen Ansätzen zu reden, kann im Rahmen eines praxisorientierten Studiums, das diese Absicht jedenfalls ernstlich verfolgen will, nicht durchgehalten werden, sondern es kommt hier gerade darauf an, grundlagentheoretische und objekttheoretische Differenzen zwischen denen, die lehren, in der Kommunikation zwischen ihnen ständig aufzuarbeiten. Dies geschieht, vorsichtig ausgedrückt, zu wenig.

Und ein dritter Gesichtspunkt. Wir haben gerade hier in Bielefeld von Anbeginn die These vertreten, daß die Praxisorientierung im Soziologiestudium nur dann mit Aussicht auf

Erfolg durchgehalten werden kann, wenn wir parallel zur Reform des Studiengangs selbst zugleich auch auf die Öffentlichkeit, auf die gesellschaftliche Praxis selbst einwirken, in der ja eine Fülle von Tätigkeitsfunktionen verteilt ist, die der Bearbeitung durch Soziologen harren, die aber noch nicht zu beruflichen Positionen zusammengefügt sind. Diese Leistung, von Soziologen bearbeitbare gesellschaftspraktische Funktionen zu Positionen auszudefinieren und diese Positionen in der gesellschaftlichen Praxis als solche für Soziologen auszuweisen, wäre parallel zur inneren Reform des Studienganges selbst zu lösen, und wir sind, so scheint es, inzwischen in der klassischen akademischen Manier dazu übergegangen, dieses Problem auf dem Wege der Berufsfeldforschung zu lösen. Dabei stellen wir dann fest, daß wir etliche Jahre brauchen, bis wir definitive Forschungsergebnisse über Berufsfeldstrukturen erzielen. In der Zwischenzeit hat sich die ins Auge gefaßte Wirklichkeit des Studiums selber fortentwickelt, und wir kommen dann in Phasenverschiebungen hinein, die wir nicht bewältigen können. Mit anderen Worten: Was wir bisher versäumt haben, ist nicht Berufsfeldforschung, sondern Berufsfeldpolitik zu treiben. Und Berufsfeldpolitik zu treiben ist im echten Sinne des Wortes Politik, d.h. sie erfordert Handeln und nicht reflektierende und sich selbst wiederum reflektierende Forschung, ohne daß auf letztere freilich verzichtet werden könnte.

Karl Martin Bolte

Wir können jetzt natürlich nicht alle angesprochenen Aspekte diskutieren. Mir läge aber daran, zu zwei Fragestellungen noch präzise Antworten zu erhalten.

Erstens: Der Sozialforschung und insbesondere der soziologischen Forschung wird häufig der Vorwurf gemacht, daß sie hinter den Problemen der Praxis und der Politik her liefere und eigentlich dann immer mit ihren Ergebnissen komme, wenn diese Probleme fast schon wieder überwunden oder nicht mehr aktuell seien. Gibt es keine Beispiele, die erkennen lassen, daß sich soziologische Forschung systematisch im jeweiligen Gegenstandsbereich vortastet und daß dabei Ergebnisse anfallen, auf die, wenn bestimmte Probleme politisch aktuell werden, zurückgegriffen werden kann. Vielleicht müßte man weiter fragen, ob dies im Bereich der Sozialforschung überhaupt prinzipiell möglich ist, oder ob sich unser Forschungsgegenstand Gesellschaft so schnell ändert, daß ein systematisches Vorantreiben von Fragestellung und Ansammeln von Ergebnissen, wie es in bestimmten Bereichen der Naturwissenschaft üblich ist, hier gar nicht denkbar erscheint.

Zweitens: Hat die Soziologie in jenen Bereichen, die hier angesprochen wurden, echte Gesprächspartner aus dem Bereich der Praxis? Mir scheint das für den Bereich Arbeit z.B. zuzutreffen, aber wie sieht das für das Forschungsfeld Partizipation und für andere Bereiche aus?

Hans Haferkamp

Man wird sicherlich sagen können, daß die soziologischen Aussagen generell den gesellschaftlichen Tatbeständen nachhinken, die sie beschreiben, daß sie also erst im nachhinein die Tatsachen erfassen, die in der Gesellschaft schon gegeben sind. Das kann man beispielsweise für die Bundesrepublik Deutschland oder für die Vereinigten Staaten von Amerika klar nachweisen. Die Armutproblematik hat dort, wie

auch hier- über Jahrzehnte bestanden, ohne daß sie von der Soziologie entdeckt worden wäre. Das kann man für eine Reihe von anderen Bereichen ebenfalls zeigen.

Es ist aber eine ganz andere Frage, ob die gesellschaftlichen Institutionen, die politischen Kräfte, die an und für sich das Geschäft der Verwaltung, Minderung oder Beeinflussung von gesellschaftlichen Problemen zu besorgen hätten, diese Probleme in derselben Weise vor der Soziologie entdecken, wie dies für die von einem Problem Betroffenen selbstverständlich ist. Das ist für viele Bereiche sicher nicht der Fall. Es ist vielmehr davon auszugehen, daß Soziologen eine ganze Reihe von brennenden Problemen allein oder zusammen mit anderen, z.B. Journalisten, als erste beim Namen nennen, und daß die Institutionen, die an und für sich die Aufgabe hätten, sich solchen Problemen zu widmen, erheblich nachhinken.

Dann tritt aber genau der Prozeß ein, den ich eingangs geschildert habe: Die Soziologie und die Sozialwissenschaftler sind nicht imstande und auch nicht bereit, Angebote der Praxisanleitung zu machen, und auf der anderen Seite besteht im Grunde keine relevante Nachfrage danach. Das scheint mir übrigens auch in vielen anderen Bereichen der Fall zu sein. Wer das Verhältnis von Gesellschaft und Soziologie anders einschätzt, hätte zu zeigen, wo etwa in der Vergangenheit, in den letzten 25 Jahren, Soziologen tatsächlich Lösungsvorschläge für gesellschaftliche Probleme präsentiert haben. Er hätte nachzuweisen, daß Soziologen in den vergangenen 25, 30 Jahren in der Bundesrepublik bei wichtigen Fragen tatsächlich Einfluß gehabt haben. Was hier und heute bis jetzt genannt worden ist, von Herrn Lutz die Verwaltungs-rationalisierung oder von Herrn Korte bestimmte Regelungen im Städtebau-Förderungsgesetz, halte ich nicht für ausreichend, bedenkt man einmal die Breite soziologischer Forschung und die Reichweite ihrer Aussagen.

Burkart Lutz

Ich bin nicht so sicher wie Herr Haferkamp, ob wir uns auf diese Weise, sozusagen mit dem Verweis auf unsere eigene Ohnmacht, aus der Verantwortung drücken können. Die Mechanismen, über die Soziologie wirkt, sind vielfältiger Art und die ehemaligen Soziologiestudenten, die heute in den Massenmedien arbeiten, sind unter Umständen sehr viel wirksamere Übersetzer als Ordinarien, die den Ministerien als Mitglieder irgendwelcher Fachbeiräte zur Absegnung von längst intern gefällten Entscheidungen dienen. Die in der Diskussion genannten Beispiele würde ich also weder als Belege für, noch als Beweise gegen möglichen Einfluß der Soziologie auf die gesellschaftliche Entwicklung nehmen. Sicher scheint mir allerdings - und dies läßt sich zum Teil schon mit Beispielen belegen - folgendes zu sein:

1. Soziologie ist prinzipiell in der Lage, prognostische Aussagen zu machen, d.h. gesellschaftliche Problemlagen zu identifizieren, bevor sie Gegenstand eines massiven Thematisierungsprozesses geworden sind.
2. Diese Fähigkeit ist nicht das Attribut einzelner besonders genialer Personen; sie läßt sich schaffen durch (und ist abhängig von) institutioneller Absicherung eines kontinuierlichen Forschungs- und Reflektionsprozesses.
3. Dieser Prozeß erfordert Ressourcen.
4. Beim gegenwärtigen Stand der Forschungspolitik in der Bundesrepublik ist es überaus schwer, nennenswerte Ressourcen für die Untersuchung von Problemlagen zu mobilisieren, die nicht bereits im Vorfeld politischen Handelns thematisiert sind, und ganz unmöglich, den Zufluß solcher Ressourcen auf Dauer zu stellen.

Damit ist der curculus vitiosus nahezu geschlossen: Perfekt wird er dann, wenn - Herr Korte hat ja auch sehr deutlich darauf hingewiesen - die aufbrechenden gesellschaftlichen Probleme, die man vorlaufend sehr viel effizienter und sorgfältiger hätte klären können, plötzlich zu einer massiven Auslobung öffentlicher Forschungsmittel unter extrem ungünstigen Voraussetzungen führen, nämlich mit ganz inadäquaten Fragestellungen, die in Termini der Verwaltungspraxis formuliert und nicht aus dem Forschungsprozeß heraus generiert wurden; mit Zeithorizonten, die ganz unrealistisch sind; und insbesondere mit Erwartungen und Ansprüchen an Ergebnisse, die angesichts der fehlenden Vorleistungen niemals eingelöst werden können.

Und wenn dann der Boom vorbei ist, heißt es, man habe es ja wieder einmal gesehen, die Soziologen seien alle Spinner und Theoretiker und nie in der Lage, einen brauchbaren Beitrag für die gesellschaftliche Praxis zu liefern.

Dies haben wir in der Nachkriegszeit mehrmals erlebt, zum Beispiel in der soziologischen Stadtforschung. Ich fürchte fast, daß wir eben dabei sind, gleiches in der Frage der Humanisierung der Arbeitswelt wieder zu erleben. Hier sollten plötzlich große Mengen von Soziologen bereit stehen, von denen man allen Ernstes erwartet, daß sie in der Lage sind, den Ingenieuren zu sagen, wie man 25 Maschinen in einer Werkstatt human anordnet, d.h. so, daß ein Maximum sozialer Kommunikation, individueller Zufriedenheit usw. gesichert werden - wobei hier eine ganz besondere Problematik darin besteht, daß von den Soziologen permanent Ergebnisse und Empfehlungen abgerufen werden, die nach unserem eigenen Selbstverständnis niemals in die Kompetenz unserer Disziplin fallen.

Zusammenfassend also zur ersten Frage von Herrn Bolte: Die Soziologie ist nicht grundsätzlich dazu verurteilt, hinter

der Entwicklung ihres Gegenstandes nachzuhinken, doch bleibt ihr wegen des unzureichenden Entwicklungsstandes der entsprechenden Fachrichtung oft nichts anderes übrig. Entscheidend ist das ganz ungelöste Problem der Einbindung von Forschungsprozessen und Entscheidungen über Forschungsressourcen in den gesellschaftlichen Willensbildungsprozeß; und so lange dieses Problem ungelöst ist, sind wir zu einem guten Teil einfach zu prognostischer Unfähigkeit verurteilt.

Hermann Korte

Ich möchte gern noch zwei Bemerkungen machen. Die erste bezieht sich auf das immer wieder beklagte Dilemma des Hinterherhinkens der Soziologie hinter gesellschaftlichen Prozessen. Abgesehen davon, daß es sicherlich immer bestimmte Zeitvorschreibungen geben wird, möchte ich darauf hinweisen, daß hier etwas differenziert werden muß. So ist zum Beispiel der Hinweis von Herrn Haferkamp, daß die Soziologie in den letzten fünfzehn Jahren die gesellschaftlichen Prozesse nie eingeholt hat, insofern etwas ungenau, als dies eigentlich erst in den letzten fünf bis zehn Jahren möglich geworden ist. So wie ich es sehe, ist die Soziologie in diesem Zeitraum im wesentlichen durch die Entwicklung von einer mehr statischen zu einer mehr historisch-entwicklungsmäßigen Betrachtungsweise einerseits und von mehr abstrakten zu mehr materiellen Betrachtungsweisen andererseits gekennzeichnet. Die zwar vorherrschende statisch-abstrakte Ausgangsposition war schlechthin ungeeignet, Planungsprozesse in adäquater Weise zu erfassen oder zu begleiten. Sie war zur praktischen Erfolglosigkeit verurteilt und auch nicht geeignet, das zeitliche Nachhinken hinter den gesellschaftlichen Entwicklungen zu verkürzen.

Die zweite Bemerkung bezieht sich auf die Notwendigkeit von Politik. Es ist durchaus nicht so, daß Soziologen in der Zeit seit 1950 etwa keinen, nicht einmal indirekten politischen Einfluß gehabt hätten. Ich erinnere absichtlich in diesem Zusammenhang an die Bestsellerliste vor einigen Monaten. "Die Arbeit tun die anderen" war auch eine politische Äußerung und hat insofern einen ganz erheblichen politischen Erfolg gehabt. Man mag die politischen Ansichten des Autors nicht teilen, aber das ändert nichts an der Politiknähe dieses Buches. Die Notwendigkeit, sich auf einen Diskussionsstil einzulassen, der sich von dem in Seminaren und Fakultätssitzungen gepflegten unterscheidet, ohne dabei die wissenschaftliche Redlichkeit zu verlieren, ist allerdings in der Soziologie bisher nicht geübt und entwickelt worden - im Gegenteil, solches gilt als unfein und schädlich für die Karriere. Es kommt daher immer wieder zu Frustrationen, weil entweder die bereitwilligen Gesprächspartner auf der Seite der Kommunen oder der zentralen Entscheidungsinstanzen nach einiger Zeit die Geduld verlieren oder aber, weil von vornherein eine bestimmte Art der Abneigung gegen die Gespräche mit Politikern und politischen Handlungsträgern besteht, was selbstverständlich auch eine bessere soziologische Theorie zur Bedeutungslosigkeit verurteilt.

Christian von Ferber

Ich möchte das Statement von Herrn Haferkamp ein wenig modifizieren. Er hat uns das so dargestellt, als wenn die Soziologie den gesellschaftlichen Problemen hinterherläuft. Das haben wir in der Sektion Sozialpolitik auch diskutiert, und es gab die pessimistische Aussage, daß Sozialforschung nie eigentlich innovativ wirken könne.

Dieses Statement ist bestritten worden, und ich möchte die Kritik gerne hier einbringen. Wir können zunächst davon ausgehen, daß in den gesellschaftlichen Bereichen, die durch die Problemdefinitionen anderer Wissenschaften geprägt sind, sei es die der Rechtswissenschaft, der Ökonomie oder die der Medizin, sei es aber auch durch politische Sprachregelungen, das Eindringen der soziologischen Perspektive zu einer erheblichen Problemerweiterung führt. Natürlich läßt sich im nachhinein sagen, die Probleme sind von den Soziologen nicht entdeckt worden, sondern haben in irgendeiner Weise schon vorher bestanden. Aber sie sind nicht gesehen, definiert und von daher auch nicht handlungswirksam formuliert worden. Darüber hinaus gibt es aus dem medizinischen Bereich ein großartiges Beispiel dafür, wie das Einbringen der sozialwissenschaftlichen Perspektive zu einer Revolutionierung in einem ganzen Versorgungsbereich geführt hat, das ist die Sozialpsychiatrie. Die großen sozialpsychiatrischen Forschungen in den USA während der 50er und 60er Jahre haben gezeigt, daß die Probleme der Versorgung psychisch Kranker, psychisch Behinderter von Psychiatern allein nicht zu lösen sind. Die modernen Formen der psychiatrischen Versorgung sind eigentlich erst als Antwort auf die Problemdefinitionen der Soziologen entstanden, indem diese darauf hingewiesen haben, daß eine bisher in dem Ausmaß nicht vermutete Diskrepanz zwischen Hilfsbedürftigkeit und Versorgungsangebot bestand. Hierdurch sind einer Neuordnung der psychiatrischen Dienste ungeahnte Chancen auch weltweit eröffnet worden.

Mir scheint damit ein Problem angesprochen zu sein, das für viele der hier behandelten Fragen gilt, nämlich auf welche Weise erhält der Soziologe Zugang zu einem Praxisfeld. Daß die Soziologie in vieler Hinsicht hinter ihren eigenen Möglichkeiten zurückbleibt, hängt doch häufig damit zusammen, daß das Praxisfeld, mit dem die Soziologen es zu tun

haben, ihnen zunächst unzugänglich ist und daß die Soziologen meist auf eine Art von Huckepack-Soziologie angewiesen sind, indem nämlich Angehörige aus dem Praxisfeld den Soziologen den Zugang bahnen müssen. Ein gutes Beispiel hierfür scheint mir die Entwicklung der Medizinsoziologie in der Bundesrepublik zu sein. Sehr vieles, was heute nun breit in der Sektion Medizinsoziologie diskutiert wird, selbst aber auch das, was an aktuellen gesundheitspolitischen Problemen gegenwärtig behandelt wird, ist schon sehr früh etwa von Manfred Pflanz oder von Thure v. Uexküll in den 50er und 60er Jahren untersucht worden. Damals hat es noch zu keiner raschen Erweiterung des Handlungsfeldes auch für Soziologen geführt, insbesondere, weil sich die Soziologie selbst dieser Aufgabe zunächst verschlossen hatte. Aber dennoch zeigt das Beispiel sehr deutlich, daß die Zugänglichkeit des Praxisfeldes von der Medizin her eröffnet wurde. Es waren Mediziner, die die soziale Dimension auch für ihren Handlungsbereich erkannt hatten und die dann schließlich das Eindringen der Soziologen in dieses Feld vorbereitet und ermöglicht haben.

Von solchen Erfahrungen her gesehen scheint es mir wichtig zu sein, wenn man im Sinne von Herrn Matthes eine aktive Berufspolitik betreiben will, daß die Soziologie den Kontakt mit Angehörigen der bereits hoch professionalisierten Wissenschaften sucht, um die soziologische Fachdimension solcher Wissensdisziplinen zu erschließen. Die Soziologen sollten sich um ihrer eigenen Professionalisierung willen darum bemühen, Wissenschaftler anderer Fachdisziplinen einzubeziehen, die sich der Soziologie öffnen, um auf diese Weise die Problemerkennungskapazität, aber auch die Möglichkeiten des soziologischen Beitrages für die Praxis zu erweitern und zu vertiefen.

Theo Pirker

Es gibt auf dem Gebiet der Mitbestimmungsforschung ein Beispiel, in dem Soziologie einen Beitrag geleistet hat für eine konkrete Lösung eines Problems und zwar ist es die umstrittene Frage gewesen, kann so etwas wie Mitbestimmung überhaupt funktionieren. Und das hat sich, wie sich ja viele von Ihnen noch erinnern werden, aufgeschaukelt an der Debatte über die Stellung und Funktion des Arbeitsdirektors. Herr Kollege Lutz hat damals, zusammen mit einigen anderen Kollegen, in Untersuchungen, in praktischen Untersuchungen, auch des Arbeitsdirektors, Arbeitsfeldes, ganz eindeutig die Funktionsfähigkeit festgestellt und auch sozusagen die gesellschaftliche gruppen- und klassenmäßige Zuordnung dieses Arbeitsdirektors. Das nach einem jahrelangen ideologischen Glaubenskrieg um die Mitbestimmung. Ich glaube, das ist eine Leistung der Mitbestimmungsforschung, der Mitbestimmungs-Soziologie in diesen Jahren gewesen. Ein wichtiges Problem aber scheint mir im Zusammenhang zu sein, daß wir als akademisch in Universitäten arbeitenden Sozialforscher im Grunde genommen unsere Informationen zuerst einmal in Hinsicht auf die Lehre zurückkoppeln und nicht im Hinblick auf die Nutzbarkeit, ganz gleich auch immer, wie man die Nutzbarkeit bewerten will. Wir wenden sozusagen einen verkehrten Filter an, einen Filter, der auch schon unsere Forschungsinstrumente bestimmt. Wir wenden nur solche Forschungsinstrumente an, die sozusagen akademisch kanonisiert sind. Und die sind aber nur akademisch kanonisiert, indem die Informationen sozusagen dann primär die Lehre und nicht der politischen Entscheidungsfindung nützen. Wir können nicht jammern über die Problematik Sozialforschung, Soziologie und Gesellschaft, solange wir nicht diese, diesen anderen Filter sozusagen einbauen und gesellschaftliche Macht, politische Macht, Verfahren politischer Entscheidung ernst nehmen. In der Geschichte der Mitbestimmungsforschung hat sich ein anderes Problem noch gezeigt. Sehr frühzeitig haben

wir darauf hingewiesen in Untersuchungen, in Publikationen, daß wenn man Mitbestimmung einführt, die ganze juristische Fassung des Unternehmens verändert werden muß. Es ist interessant, daß auch heute wieder dasselbe Problem auftritt, sozusagen als nachklappender Satzteil, nach beinahe einem Vierteljahrhundert.

(An dieser Stelle erfolgte eine Wortmeldung aus dem Publikum. Da das Tonband den Namen des Redners nicht erkennen läßt und der Beitrag nur bruchstückhaft vorliegt, ist eine genaue Wiedergabe nicht möglich. Dem Redner ging es um folgendes:

Er hob hervor, daß bei der Podiumsdiskussion und in den anderen Veranstaltungen wichtige Zusammenhänge nicht oder nicht ausreichend berücksichtigt worden seien, z.B. der Zusammenhang von ökonomischer Entwicklung und politischen Prozessen. Die Behandlung vieler im einzelnen interessanter Teilaspekte bleibe unbefriedigend, wenn sie nicht vor diesem Hintergrund gesehen würden. Er schlug vor, solche zu kurz gekommenen Aspekte und weitere wichtige Probleme auf jeden Fall beim nächsten Soziologentag besonders zu thematisieren. Er nannte u.a. Probleme der Jugendarbeitslosigkeit, der Berufsverbote und Frauenprobleme. Es sei wichtig, von solchen aktuellen Problemen auszugehen und die Erklärungskraft soziologischer Theoreme daran zu demonstrieren.)

Karl Martin Bolte

Besten Dank zunächst für die zuletzt gegebene Kritik und Anregung. Wir werden beide bei der Vorbereitung des nächsten Soziologentages mitbedenken.

In den Beiträgen zu dieser Podiumsdiskussion ist u.a. der Versuch unternommen worden, eine Antwort zu geben auf die Frage: Was kann die Soziologie der Gesellschaft bieten? Ich meine, als ein Ergebnis der Gespräche ist deutlich geworden, daß diese Frage offenbar nicht allgemein beantwortet werden kann. Die Verhältnisse stellen sich in den einzelnen Forschungsbereichen sehr unterschiedlich dar. Dies kommt nicht zuletzt dadurch zustande, daß einerseits der Forschungsstand der Soziologie in den hier behandelten Bereichen unterschiedlich weit entwickelt ist, und daß andererseits in den verschiedenen Forschungsfeldern Soziologie und Soziologen in sehr unterschiedlichem Grad als Gesprächspartner gesucht oder akzeptiert werden.

Als weiteres Ergebnis der Gespräche erscheint mir folgendes nochmals betonenswert: Der Wunsch der Soziologen, praxisorientiert zu arbeiten und in die Gesellschaft hineinzuwirken, kann auf keinen Fall bedeuten, sich nicht mehr mit Theorie zu beschäftigen. Er legt vielmehr nahe, nach einem Typ von Theorie zu suchen, der geeignet ist, Praxisprobleme adäquat zu erfassen. Schließlich haben m.E. die Diskussionsbeiträge nochmals unterstrichen, daß eine sehr starke Wechselwirkung zwischen gesellschaftlichen Problemen und der soziologischen Forschung besteht. Es ist auch erkennbar geworden, daß die Soziologie durchaus vielfältige Ergebnisse produziert, die große praktische Relevanz haben. Soziologie bemüht sich heute deutlich, nicht nur eine Wissenschaft von und über, sondern auch für Gesellschaft zu sein. Probleme liegen offenbar vor allem bei der Umsetzung der Forschungsergebnisse. Dies liegt teils an den Soziologen selbst und teilweise an der Bereitschaft jener, die die Gesprächspartner der Soziologen im Bereich der Praxis sein könnten oder sollten.

Wenn sichtbar geworden ist, daß die Wechselwirkung zwischen gesellschaftlicher Praxis und Soziologie als Wissenschaft un-

terschiedlich intensiv ist und woran das in den einzelnen Forschungsfeldern liegt, dann meine ich, sollten wir dies als ein wichtiges Ergebnis dieses Soziologentages ansehen. Wir sollten hoffen, daß dieses Wissen den Anstoß dazu gibt, darüber nachzudenken, ob, wie und evtl. in welche Richtung diese Situation geändert werden kann und geändert werden sollte.

Gestatten Sie mir abschließend noch eine Bemerkung zum gesamten Soziologentag.

Der Vorstand und auch das Konzil der Deutschen Gesellschaft für Soziologie hatten für diesen Soziologentag bewußt kein Spezialthema gewählt, obwohl solches sicherlich für unsere Veranstaltung eine sehr viel größere Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit bedeutet hätte. Wir wollten bewußt hier nochmals die Gelegenheit schaffen, daß viele über ihre Arbeiten berichten können und daß andere die Chance haben, darüber zu erfahren. Solch ein Kongreß wäre überfordert, wollte man von ihm erwarten, grundsätzlich neue wissenschaftliche Erkenntnisse zu erbringen. Seine Funktion liegt eher darin, daß man über Arbeitsergebnisse spricht, daß man Anregungen bekommt und einen besseren Überblick über das, was im Bereich der Soziologie und an verschiedenen Orten zur Zeit geschieht.

Dieser Soziologentag war konzipiert als ein Treffen und als ein Gedankenaustausch der Soziologen. Wenn er darüberhinaus in der Öffentlichkeit Aufmerksamkeit gefunden hat, wäre das erfreulich; eine Posaune der Soziologie in die Öffentlichkeit hinein, sollte er aber bewußt nicht sein.

Ich hoffe, daß dieser 18. Deutsche Soziologentag die ihm zugeordnete Aufgabe einigermaßen erfüllt hat und danke allen, die an seiner Vorbereitung und Gestaltung mitgewirkt haben.